Deutscher Bundestag **Drucksache 16/6974**

16. Wahlperiode 07. 11. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

a) zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Dr. Norbert Lammert, Ulrich Adam, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU, der Abgeordneten Dr. h. c. Wolfgang Thierse, Markus Meckel, Dr. Gerhard Botz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Cornelia Piepter, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Christoph Waitz, Christian Ahrendt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/6925 –

Errichtung eines Freiheits- und Einheits-Denkmals

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Dr. Norbert Lammert, Ulrich Adam, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. h. c. Wolfgang Thierse, Markus Meckel, Dr. Gerhard Botz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/6776 –

Errichtung eines Freiheits- und Einheits-Denkmals

c) zu dem Antrag der Abgeordenten Dr. Lothar Bisky, Dr. Lukrezia Jochimsen, Petra Pau, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/6926 –

Errichtung eines Denkzeichens mit Dokumentationszentrum zur Erinnerung an die friedliche Revolution 1989

d) zu dem Antrag der Abgeordneten Katrin Göring-Eckardt, Grietje Bettin, Ekin Deligöz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/6927 –

Diskussionsprozess über ein Freiheits- und Einheitsdenkmal unter breit angelegter Beteiligung der Öffentlichkeit initiieren

A. Problem

Bisher gibt es kein Denkmal zu den Ereignissen von 1989/1990. Die Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP setzen sich deshalb dafür ein, ein Freiheits- und Einheitsdenkmal zu errichten, das an die friedliche Revolution im Herbst 1989 und die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands erinnert. Das Denkmal soll 2009 in der Mitte Berlins errichtet werden und auch die freiheitlichen Bewegungen und Einheitsbestrebungen vergangener Jahrhunderte in Erinnerung rufen und würdigen. Die Fraktion DIE LINKE. plädiert stattdessen für ein Denkzeichen mit Dokumentationszentrum zur Erinnerung an die friedliche Revolution von 1989 in Leipzig. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich dafür ein, zunächst einen offenen Diskussionsprozess über ein Freiheits- und Einheitsdenkmal zu initiieren, an dem sich die breite Öffentlichkeit beteiligen soll.

B. Lösung

1. Zu den Buchstaben a und b

Annahme der zusammengeführten Anträge auf Drucksachen 16/6925 und 16/6776 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Fassung der Drucksache 16/6925

2. Zu Buchstabe c

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/6926 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

3. Zu Buchstabe d

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/6927 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme der Anträge auf Drucksache 16/6926 bzw. Drucksache 16/6927.

D. Kosten

Über das finanzielle Volumen entscheidet der Deutsche Bundestag zu einem späteren Zeitpunkt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. die Anträge auf Drucksachen 16/6925 und 16/6776 zusammenzuführen und in der Fassung der Drucksache 16/6925 anzunehmen,
2. den Antrag auf Drucksache 16/6926 abzulehnen,
3. den Antrag auf Drucksache 16/6927 abzulehnen.

Berlin, den 7. November 2007

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Hans-Joachim Otto (Frankfurt) Vorsitzender und Berichterstatter	**Wolfgang Börnsen (Bönstrup)** Berichterstatter	**Dr. h. c. Wolfgang Thierse** Berichterstatter
	Dr. Lukrezia Jochimsen Berichterstatterin	**Katrin Göring-Eckardt** Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Dr. h. c. Wolfgang Thierse, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Dr. Lukrezia Jochimsen, Katrin Göring-Eckardt

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/6925** am 7. November 2007 zur Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/6776** am 25. Oktober 2007 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen und zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe.

Zu Buchstabe c

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/6926** am 7. November 2007 zur Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

Zu Buchstabe d

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/6927** am 7. November 2007 zur Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Anträge

Zu Buchstabe a

In Berlin soll an zentraler Stelle ein Denkmal errichtet werden, das an die friedliche Revolution von 1989 und an die Wiedererlangung der staatlichen Einheit Deutschlands erinnert. Die Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP wollen erreichen, dass dieses Freiheits- und Einheitsdenkmal 2009 errichtet wird und auch freiheitliche Bewegungen und Einheitsbestrebungen der vergangenen Jahrhunderte würdigt. Die Bundesregierung wird aufgefordert, in die Arbeit zur Konzeption für das Denkmal die Initiatoren des Projekts, die Deutsche Gesellschaft e. V., einzubeziehen. Einen geeigneten Ort gelte es gemeinsam mit Berlin zu ermitteln. Der Deutsche Bundestag behält sich gemäß Antrag vor, über das finanzielle Volumen und die Ausschreibung eines Wettbewerbes zur künstlerischen Gestaltung des Denkmals zu entscheiden. Eine öffentliche Diskussion über Konzeption und Wettbewerbsergebnis sei ausdrücklich erwünscht.

Zu Buchstabe b

Der Antrag ist im Text identisch mit der Vorlage gemäß Buchstabe a.

Zu Buchstabe c

Die Fraktion DIE LINKE. setzt sich dafür ein, ein Denkzeichen mit Dokumentationszentrum zur Erinnerung an die friedliche Revolution 1989 zu errichten. Als geeigneten Standort favorisiert die Fraktion Leipzig. Die Bundesregierung soll mit dem Land Sachsen und der Stadt Leipzig einen geeigneten Standort abstimmen, damit Denkzeichen und Dokumentationszentrum 2009 errichtet werden können. An einer einzuleitenden breiten gesellschaftlichen Diskussion über Konzeptions- und Wettbewerbsbedingungen müssten ausdrücklich auch jene Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler beteiligt werden, die damals den Demokratisierungsprozess eingeleitet und gestaltet hätten.

Zu Buchstabe d

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vertritt den Standpunkt, zunächst müsse eine breite öffentliche Diskussion über ein Freiheits- und Einheitsdenkmal stattfinden, bevor eine Entscheidung gefällt wird. Die Bundesregierung müsse einen offenen Diskussionsprozess anregen und begleiten, in den die Zivilgesellschaft, die Initiatoren des Denkmalprojekts sowie interessierte Verbände und Initiativen eingebunden werden müssten. Die Fraktion unterstreicht, dass die deutsche Einheit untrennbar mit den Freiheitsbewegungen und Umwälzungen in Osteuropa verbunden sei. Ein Freiheits- und Einheitsdenkmal müsse diesen Kontext erfahrbar machen. Ein entsprechendes Denkmal müsse zudem die grundsätzliche Auseinandersetzung mit Freiheit und Demokratie ermöglichen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat am 7. November 2007 Annahme des Antrags auf Drucksache 16/6776 empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Haushaltsausschuss** hat am 7. November 2007 Annahme des Antrags auf Drucksache 16/6776 empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat am 7. November 2007 Annahme des Antrags auf Drucksache 16/6776 empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung eines Mitglieds der Fraktion der FDP.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat am 7. November 2007 Annahme des Antrags auf Drucksache 16/6776 empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss für Kultur und Medien

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Anträge in seiner Sitzung am 7. November 2007 beraten und empfohlen, die Anträge auf Drucksachen 16/6925 und 16/6776 zunächst zusammenzuführen. Sodann empfahl der Ausschuss Annahme der zusammengeführten Anträge in der Fassung der Drucksache 16/6925 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 16/6926 empfahl der Ausschuss Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. Zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/6927 empfahl der Ausschuss Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Nach Auffassung der **Fraktion der CDU/CSU** ist ein Denkmal für die Einheit Deutschlands überfällig. Bislang sei dem glücklichsten Moment der deutschen Geschichte und auch der gesamten Freiheitsgeschichte unseres Landes kein Ehrenmal gewidmet worden. Die Fraktion führte aus, den Glücksfall der Wiedervereinigung verdanke Deutschland dem unbezähmbaren Streben nach Freiheit der Deutschen jenseits der Mauer. Zum ersten Mal lebten wir als Folge des Mauerfalls in allseits anerkannten Grenzen. Nach zwei Kriegen und zwei deutschen Diktaturen sei uns die Freiheit in Einheit geschenkt worden. Daran zu erinnern, sei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine tiefe innere Verpflichtung, auch weil nach ihrem Verständnis die Identität einer Nation von deren gesamten Geschichte und somit auch von den freiheitlichen Momenten geprägt sei.

Die Union erinnerte daran, dass die ursprüngliche Idee für ein solches Denkmal bereits 1998 aus der Mitte der Gesellschaft, aus Ost und West, gekommen sei. Eine entsprechende fraktionsübergreifende Initiative von 177 Abgeordneten des Deutschen Bundestages sei leider im Jahr 2001 gescheitert. Danach habe sich die Deutsche Gesellschaft e. V. der Idee nachhaltig angenommen. Diesem Engagement sei man zu großem Dank verpflichtet. Die Sachkompetenz der Deutschen Gesellschaft werde in die Gestaltung des Denkmals eingebracht.

Heute, im Jahr 2007, sieht die Fraktion im Parlament eine breite Unterstützung für dieses Denkmal. Die Zeit sei reif dafür. Es werde ein Denkmal der Freude, getragen von einer großen Mehrheit im Land und errichtet im Jahr 2009, 20 Jahre nach dem Mauerfall.

Die **Fraktion der SPD** sprach sich ebenfalls für den gemeinsamen Antrag mit den Fraktionen von CDU/CSU und FDP für die Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in der Mitte Berlins aus. Damit solle nicht nur an die friedliche und vor allem erfolgreiche Revolution von 1989 erinnert werden, die letztendlich zur Wiedererlangung der staatlichen Einheit Deutschlands geführt habe. Mit der Errichtung eines solchen Denkmals solle zugleich an die verschiedenen Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte erinnert werden, denen stets der Wille zur Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft innegewohnt habe. Die friedliche Revolution von 1989 habe den Grundstein für die deutsche Einheit gelegt, die zuvor aufgrund des barbarischen NS-Regimes 45 Jahre lang nicht vorhanden gewesen sei.

Der Antrag selbst sei aus verschiedenen Gründen relativ schlicht und knapp gehalten. Zum einen habe man zunächst dem Willen Ausdruck verleihen wollen, dass die Fraktion ein solches Denkmal will. Zum zweiten wünsche die Fraktion sich, dass dieses Denkmal bereits im Jahr 2009, dem zwanzigjährigen Jubiläum der Einheit errichtet werden kann. Der Auftrag, einen Vorschlag an das Parlament zur Konzeption und Umsetzung des Denkmals zu erarbeiten, werde der Bundesregierung erteilt. Davon erhoffe sich die Fraktion zweierlei: Dass die Bundesregierung diese Vorlage einerseits gemeinsam mit den Initiatoren des Denkmalsprojekts, der Deutschen Gesellschaft e. V., erarbeitet und andererseits nach Vorlage an den Deutschen Bundestag mit ihm gemeinsam einen umfangreichen öffentlichen Diskurs über Konzeption und Wettbewerbsergebnis initiiert. Gestalt und Standort des Denkmals in der Mitte Berlins (diskutiert werde auch Leipzig) würden Gegenstand dieser Diskussion. Nach Ansicht der SPD-Fraktion liegen darin die große Chance und ein wesentlicher Sinn des Denkmals, nämlich in der öffentlich und breit geführten Diskussion darüber, welches Ergebnis die friedliche Revolution von 1989 und die damit verbundene Einheit gebracht hat, an welchem Punkt der Einheitswerdung wir uns befinden, wie wir uns unsere gemeinsame Zukunft in Einheit vorstellen. Alles das seien Fragen, die uns die Einheit Deutschlands möglicherweise in einem neuen Licht erscheinen lassen könnten, die bewusst machten, welche Leistung damals vollbracht wurde, als die friedliche Überwindung der deutschen Teilung gelang. Das Denkmal werde wesentliche Anstöße zu dieser Diskussion geben und für sich genommen ein Symbol für alle Freiheitsbewegungen darstellen. Deshalb stimme die SPD-Fraktion dem vorliegenden Antrag zu.

Die **FDP-Fraktion** erklärte, dass es wichtig sei, mit diesem von den Koalitionsfraktionen und der FDP eingebrachten Antrag zur Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals an eines der glücklichsten Ereignisse der deutschen Geschichte zu erinnern. Das Denkmal stelle eine Würdigung all jener dar, die unter hohem persönlichen Einsatz die friedliche Revolution im Herbst des Jahres 1989 ermöglicht hätten. Zugleich sei es ein wichtiger Beitrag dazu, die existenzielle Bedeutung der Freiheit stärker im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Angesichts der großen gesellschaftlichen Bedeutung sei es wichtig, dass diese Initiative von einer breiten parlamentarischen Mehrheit getragen werde.

Die **Fraktion DIE LINKE.** hob hervor, sie bekenne sich zum politischen Erbe der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung, die auf eine durchgreifende Demokratisierung der DDR gezielt habe. Die komplexen Momente „friedliche Revolution von 1989“ und „deutsche Einheit“ seien aber Ergebnisse eines internationalen historischen Prozesses, die intentional nicht aufeinander zu reduzieren seien. Die Fraktion lehnte das vorgeschlagene „Freiheits- und Einheitsdenkmal“ aus folgenden Gründen ab: Das Projekt sei bislang nicht hinreichend konkretisiert und solle durch die Verkürzung des parlamentarischen Weges offensichtlich in hektischer Betriebsamkeit ohne durchdachte Anhörung der Abgeordneten beschlossen werden. Inhaltlich gebe es keine Anhaltspunkte dafür, dass die Ebenen „friedliche Revolution“ – „deutsche

Einheit“ – „Freiheitsbestrebungen in Deutschland“ in einem Denkmalentwurf sinnvoll zu integrieren seien.

Bereits die Erwägung, das Denkmal auf dem Sockel des ehemaligen „Nationaldenkmals“ mit Wilhelm I. vor dem Schloss zu errichten, simuliere eine fatale nationalgeschichtliche Kontinuität, die die deutsche Geschichte nicht als widersprüchlich, sondern als vernunftgeleitet bis in die Gegenwart zeichne. Gänzlich inakzeptabel sei der Verlauf der bisherigen „Debatte“. Weder habe eine großangelegte öffentliche Diskussion stattgefunden noch sei eine Abstimmung mit jenen Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtlern auch nur erwogen worden, die sich von den heutigen Regierungsparteien nicht vertreten sähen. Die Fraktion DIE LINKE. habe deshalb einen eigenen Antrag zur Errichtung eines Denkzeichens mit Dokumentationszentrum zur Erinnerung an die friedliche Revolution 1989 in Leipzig eingebracht.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** verwies auf ihren eigenen Antrag.

Berlin, den 7. November 2007

Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Berichterstatter

Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Berichterstatter

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Berichterstatter

Dr. Lukrezia Jochimsen
Berichterstatterin

Katrin Göring-Eckardt
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333